

Anlage 3 zur Niederschrift der Sitzung des Kreistages am 02.02.2006

Verabschiedung des Haushaltes 2006

SPD Kreistagsfraktion
Ursula Schulte

Vreden, den 2.2.06

Sehr geehrter Herr Landrat,
liebe Kreistagskolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren
(es gilt das gesprochene Wort)

Was für ein Jahr liegt hinter uns. Dieses Jahr 2005 steckte wahrlich voller Überraschungen. Nordrhein-Westfalen wird nach 39 Jahren nicht mehr von der SPD regiert. In Berlin gibt es eine große Koalition unter der Führung einer Bundeskanzlerin und so ganz nebenbei sind wir auch noch Papst. Ich gestehe freimütig, dass ich mich mit der Gewöhnung an den neuen Papst am leichtesten getan habe. Fairerweise muss man aber anerkennen, auch wenn man einer anderen Partei angehört, dass Frau Merkel bisher gute Arbeit leistet. Und die große Koalition kann eine wirkliche Chance sein, die Herausforderungen wie Arbeitslosigkeit, Staatsverschuldung und die Reform der sozialen Sicherungssysteme bewältigen zu können, mit der dafür notwendigen breiten gesellschaftlichen Zustimmung.

Und noch eines hat dieses Jahr uns gezeigt, gegen Naturgewalten ist niemand gefeit. Das Schneechaos hat den Menschen im Westmünsterland Tage ohne Strom beschert, für einige eine bittere Erfahrung. Uns allen hat dieses Ereignis unsere Abhängigkeit vom Strom vor Augen geführt, die schon erschreckend ist und zum Nachdenken einladen sollte. Aber das darf aus Sicht der SPD- Kreistagsfraktion nicht dazuführen den Ausstieg aus der Kernenergie in Frage zu stellen oder gar an den Bau eines neuen Hochtemperaturreaktors zu denken. Wir im Kreis Borken können stolz sein auf die vielfältige und funktionierende Nachbarschaftshilfe und auf unsere Freiwilligen und Hilfsorganisationen, die eine tolle Arbeit bei der Bewältigung der Katastrophe geleistet haben. Dafür schulden wir Ihnen Dank und Anerkennung.

Und noch etwas war für mich und vielleicht für viele andere kleinen Leute wichtig. Das Bundesverfassungsgericht hat die Freisprüche im Düsseldorfer Mannesmann- Prozess aufgehoben. Damit hat mir das Gericht den Glauben an Gerechtigkeit ein Stück zurückgegeben. In diesem Zusammenhang möchte ich auch mein Unverständnis über einige Karstadt – Vorstände zum Ausdruck bringen, die auf ihrem Anspruch auf Dienstwagen mit Chauffeur beharren, während der Konzern sich in einer wirtschaftlich angespannten Lage befindet und die Mitarbeiter immer wieder finanziellen Verzicht üben. Ich sage das, weil ich wie Martin Luther King daran glaube, dass wer das Übel ignoriert, sich zu seinem Komplizen macht.

Herr Landrat meine Damen und Herren

Die Konjunkturaussichten für das Westmünsterland mit den Kreisen Borken und Coesfeld sind freundlich. Ein Drittel der Unternehmen rechnet mit einer besseren Entwicklung, kein Unternehmer erwartet sinkende Exporte und jeder dritte Firmeninhaber geht davon aus, dass in der Region mehr investiert wird. Und die wichtigste Nachricht, die Zahl der Unternehmen, die mehr Beschäftigung erwartet, übersteigt erstmals seit Jahren die Zahl derjenigen, die einen weiteren Stellenabbau befürchten. Nachzulesen ist dies alles im Konjunkturbarometer Westmünsterland. Und Unternehmen sagen ganz offen ja zum Standort Deutschland bzw. Kreis Borken, sowie jüngst Hülsta. Dieses Unternehmen schaffte es sogar eine Umsatzsteigerung in einem hart umkämpften Marktsegment zu erzielen. Aber Bauwirtschaft,

Handwerk und Handel stellen sich 2006 auf sinkende Produktionen oder Umsätze ein. Der Präsident des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks Kentzler rechnet noch einmal mit Verlusten von Arbeitsplätzen, zeigt sich aber dennoch optimistisch vor dem Hintergrund der steuerlichen Absetzbarkeit von Handwerksrechnungen und der energetischen Gebäudesanierung. Hinzu kommt, dass sich die Aussichten für eine Fortsetzung der wirtschaftlichen Belegung weiter verbessert haben und dass wir zur Zeit ein günstiges konjunkturelles Umfeld feststellen können. Auch wenn der private Konsum nach wie vor zu wünschen übrig lässt. Dies hat wohl vor allem mit der Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes und dem damit verbundenen raschen sozialen Abstieg zu tun. Bei allen Forderungen der Unternehmer hinsichtlich des Lohnniveaus eines muss klar und unverrückbar sein, der Mensch muss von seiner Hände Arbeit leben können. Es gibt ja durchaus ernstzunehmende Experten die vorschlagen, dass die Löhne real ansteigen müssten, damit die Binnenkonjunktur endlich in Fahrt kommt. Der Bundespräsident fordert in diesem Zusammenhang eine Beteiligung der Arbeiter an Kapital und Gewinnen.

Auch der Staat muss seine Transferleistungen so bemessen, dass ein Leben in Würde möglich ist. Dies gilt vor allem für Familien mit Kindern. Kinder, die in einem reichen Land wie Deutschland in Armut leben, sind für mich ein Skandal, der nicht hingenommen werden kann. Alle Indikatoren, so heißt es im Datenreport 2004, weisen eine deutliche Zunahme der Armut auf und eine Studie der Arbeiterwohlfahrt vom Frankfurter Institut für Sozialpädagogik und Sozialforschung belegt, dass Kinder, die heute in Armut leben, arm bleiben und dass auch deren Kinder arm sein werden. Was sind das für Zukunftsaussichten für diese jungen Menschen. Ich finde, dass es höchste Zeit ist, parteiübergreifend dafür Sorge zu tragen, dass auch diese Kinder ihre Chance bekommen. Und wenn Hartz IV zur Armut von Kindern beiträgt, dann muss da nachgebessert werden. Nach meiner Auffassung wäre es richtig den Zugang zu Betreuungs- Erziehungs- und Bildungseinrichtungen ab einem bestimmtem Familieneinkommen kostenlos anzubieten, anstatt das Füllhorn wieder über alle Familien auszugießen, eben auch über diejenigen, für die selbst das Kindergeld nicht mehr als ein Teil der Portokasse ist. Ich bin mir nicht sicher, ob unsere derzeitige Familienministerin die Situation normalverdienender oder gar armer Familien richtig einschätzen kann. Sie lebt mit ihren sieben Kinder unter außergewöhnlich privilegierten Rahmenbedingungen und ist daher sicher ein wenig weltfremd, was die besonderen Bedarfe der angesprochenen Familien angeht.

Aber kommen wir wieder zum Arbeitsmarkt.

Für mich war die Nachricht wichtig, dass die Beschäftigungsentwicklung im Kreis Borken günstiger als im Landesdurchschnitt verläuft, obwohl wir eine Zunahme der Arbeitslosigkeit übers Jahr gesehen zu verzeichnen hatten. 15.315 Menschen waren im Januar im Kreis Borken arbeitslos, davon wurden 7525 von der Arbeitsagentur betreut und 7790 von den Service Punkt Arbeit Zentren der Kommunen. Diese 7790 Menschen mit ihren Familien sind, wenn sie nicht schon arm sind, akut von Armut bedroht. Daher hoffe ich in ihrem Interesse, dass es stimmt, wenn Herr Haßenkamp sagt, der Weg in die Option war richtig. Er macht das ja vor allem an den 1322 in den ersten Arbeitsmarkt vermittelten Menschen fest, davon immerhin 76 % in eine volle Stelle. Das sind Zahlen vom September letzten Jahres, neuere Zahlen bekommen wir ja erst im März. Ich freue mich für jeden einzelnen der Vermittelten. Denn das ist doch das Ziel, Menschen durch einen Arbeitsplatz eine Perspektive für die Zukunft zu geben. Nicht wichtig ist dagegen, wer besser vermittelt Arbeitsagentur oder die Kommunen. Wenn dieser Wettbewerb aber dazu dient, dass sich beide besonders anstrengen, dann soll es mir recht sein. Schwerpunkt ist und muss die Vermittlung der unter 25jährigen sein, die Arbeitslosigkeit ist für diese Personengruppe schon wieder stark angestiegen.

Bedeutet die guten Nachricht aus der Wirtschaft, dass wir unserem Ziel die Arbeitslosigkeit zu beseitigen wenigstens ein Trippelschrittchen näher gekommen sind, auch wenn die neusten Zahlen eine ganz andere Sprache sprechen.? Peter Clever Vizechef des Verwaltungsrates der

Bundesagentur für Arbeit spricht in diesem Zusammenhang von einem Hoffnungsschimmer. Ich meine, von mehr als einem Trippelschrittchen von zierlichen Frauenfüßen kann nicht die Rede sein, denn auffallend ist doch, dass die durchaus positive Wirtschaftsentwicklung kaum Arbeitsplätze hervorbringt und die Arbeitslosigkeit sogar noch ansteigt. Da kann ich nur mit dem Arbeitsminister Müntefering an die soziale Verantwortung der Unternehmen appellieren, den Arbeitslosen eine Chance zu geben. Es gibt genug Möglichkeiten, dies auch befristet zu tun. Nach meiner letzten Haushaltsrede, hat Herr Hundt sinngemäß gemeint ... das war wohl nichts Frau Schulte, sie haben keinen einzigen Arbeitsplatz gerettet oder geschaffen....“ Arbeitsplätze, kann die Politik auch nicht schaffen und erst recht nicht Kreispolitiker, das muss doch inzwischen jeder wissen. Politik kann Rahmenbedingungen schaffen, kann auf die Problematik immer wieder aufmerksam machen, kann Anstöße geben und kann Modellversuche starten.

Und was ist nicht schon alles von wirklich klugen Leuten auf den Weg gebracht worden, um die Arbeitslosigkeit zu verringern und wie wenig haben all diese Maßnahmen letztlich bewirkt. Jetzt ist es der Kombilohn, der es richten soll. Die einen glauben damit bis zu drei Millionen Arbeitslose in Beschäftigung bringen zu können, die anderen reden von einem Haushaltsrisiko sondergleichen. Ohne den Kombilohn abschließend beurteilen zu können, eines ist klar mit ihm würde Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanziert. Darum habe ich durchaus Sympathien für ihn. Aber Kombilohn ohne Diskussion über einen Mindestlohn oder gar mit Kürzung des Arbeitslosengeldes II wie vom IFO-Institut vorgeschlagen, ohne den Menschen Arbeitsplätze anbieten zu können, lehne ich ab.

Manchmal denke ich, dass vielleicht doch diejenigen recht haben, die sagen, wir werden mit einem Sockel an Arbeitslosigkeit leben müssen und der Traum von Vollbeschäftigung sei ausgeträumt und es traue sich nur keiner der führenden Politiker dies zu sagen. Die Zahlen geben diesen Leuten auch scheinbar recht. Über fünf Millionen Arbeitslose und kaum offene Stellen. Das kann schon entmutigend sein. Aber letztlich darf es uns nicht davon abhalten, zu tun was wir tun können, zum Beispiel für den Erhalt gut funktionierender Angebote und Strukturen, wie die Existenzgründungsberatung, hier im Kreis zu kämpfen. Ich denke dabei an die Wirtschaftsförderungsgesellschaft und an die Regionalstelle Frau und Wirtschaft.

Diese scheinbar ohne Kenntnis über die regionale Zusammenhänge aufs Spiel zu setzen, ist mehr als bedauerlich. Die Regionalstelle Frau und Wirtschaft wird es im nächsten Jahr nicht mehr geben. Wir sind uns klar darüber, dass der Kreis die wegfallenden Landesmittel nicht auffangen kann. Die SPD –Fraktion will wenigstens die von der Regionalstelle geschaffenen Netzwerke und Strukturen erhalten, dazu haben wir einen Antrag eingebracht und Gott sei dank dafür auch die Unterstützung der Mehrheitsfraktion gefunden.

Wir können als Politiker leider auch keine Ausbildungsplätze herbeizaubern. Jahr für Jahr müssen wir feststellen, die Ausbildungsplätze reichen nicht aus um alle Bewerber zu versorgen. Im Kreis Borken standen im vergangenen Jahr 3.400 Bewerbern - 1842 gemeldete Ausbildungsplätze gegenüber. Es gibt auch hier vielfältige Bemühungen Abhilfe zu schaffen, teilweise sind sie auch von Erfolg gekrönt. Erwähnen möchte ich das Werkstattjahr, das vom Landesarbeitsminister Laumann eingeführt wurde, und das ich ausdrücklich begrüße. Aber es zeigt sich genau wie bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, dass es einfach keinen Königsweg gibt, den man gehen kann. Auch der Ausbildungspakt ist keine wirkliche Lösung des Problems, denn nur 23% der Betriebe in Deutschland bilden überhaupt noch aus und die Zahl der Ausbildungsverträge ist gesunken. Ich war und bin immer noch eine Anhängerin der Ausbildungsplatzabgabe. Sie funktioniert seit 30 Jahren in der doch wirklich krisengeschüttelten Bauwirtschaft. Alle zahlen ein und die Betriebe, die ausbilden bekommen einen Teil der Ausbildungskosten erstattet. Mir will einfach nicht einleuchten, warum das nicht auf andere Branchen übertragbar ist.

Ob nun aber die Abschaffung des zweiten Berufsschultages wirklich die richtige Lösung ist, wage ich zu bezweifeln. Ich bin schon froh, dass der Kreishandwerksmeister Marx das duale

System insgesamt für vorbildlich hält. Alles in allem darf man nicht nachlassen in dem Bemühen, allen jungen Menschen einen Ausbildungs- und Arbeitsplatz zur Verfügung zu stellen. Die SPD-Fraktion hat den Antrag auf Einrichtung eines Patenprojektes gestellt, das gerade noch einmal die Schulabgänger aus Bedarfsgemeinschaften unterstützen soll.

Herr Landrat, meine Damen und Herren nähern wir uns dem Kreishaushalt. Eines hat mir bei der Einbringung wirklich gefehlt. Weder der Landrat noch Herr Haßenkamp sind kritisch, wie in den vergangenen Jahren üblich, auf die Landes- und Bundespolitik eingegangen. Stattdessen nur zahme, freundliche Forderungen in Richtung Düsseldorf und Berlin. Und ich bin mir sicher, gäbe es noch eine Rot/Grüne Landesregierung wären angesichts dieser dort betriebenen Politik, Horrorszenarien entworfen worden.

Wir haben die historisch höchste Neuverschuldung des Landes zu verzeichnen, das dürfte nicht ohne Auswirkungen auf die Gemeindefinanzen sein. Wir haben Kürzungen in der offenen Kinder- und Jugendarbeit, die für einige Einrichtungen auch im Kreis Borken die Schließung bedeuten können. Außerdem stellen gerade diese Kürzungen, und da teile ich ausdrücklich die Meinung des BDKJ Vorsitzenden, einen Vertrauensbruch und Glaubwürdigkeitsverlust dar, der kaum noch zu überbieten ist. Ein Tenhumberg, der nun wacker dagegen kämpft, macht es auch nicht besser.

Wir müssen mit Kürzungen bei der Übungsleiterpauschale um 1,5 Millionen Euro rechnen, das trifft unsere Sportvereine und damit die ehrenamtliche Arbeit.

Und wir müssen uns mit einer chaotischen Schulpolitik auseinandersetzen, die zu Vertrauensverlust bei Eltern, Lehrern und Schülern und zu Unsicherheiten in den Kommunen führt.

Und was noch schwerer wiegt, Eltern verlieren das Wahlrecht der weiterführenden Schule für ihre Kinder -Begründung Frau Sommer Wir müssen die Kinder vor ihren Eltern schützen - der Zugang bzw. Übergang zum Gymnasium wird erschwert und die unterschiedlichen Schulformen werden stärker voneinander abgegrenzt. Das bedeutet doch aus Pisa haben die jetzt Verantwortlichen in der Landespolitik nichts aber auch gar nichts gelernt.

Die Polizei protestiert gegen Personaleinsparungen und gegen die angekündigten organisatorischen Änderungen, die zu einer Schwächung der bürgernahen Polizeiarbeit führen werden, auf die wir hier im Kreis immer viel Wert gelegt haben. Ich könnte die Liste noch endlos fortsetzen, die deutlich zeigt, dass die Regierung Rüttgers offenbar noch nicht regierungsfähig ist.

Herr Landrat meine Damen und Herren,

dieser doppische Haushaltsplan 2006 ist gewöhnungsbedürftig. Ob mit dem neuen kommunalen Finanzmanagement wirklich alles transparenter, gerechter und nachhaltiger wird und wir als Kreistag die Verwaltung anhand von Zielen und Kennzahlen bessern kontrollieren können, bezweifle ich im Moment noch. Der Landrat sagte dazu, "das alte kamerale Rechnungswesen hat es einfach und bequem gemacht, kommende Generationen zu belasten." Das mag in Teilen so sein, aber im wesentlichen haben wir als Politiker in den Kommunen doch aus Notwendigkeiten heraus gehandelt oder auch zum Nutzen künftiger Generationen und sind damit der Forderung nach Nachhaltigkeit schon nachgekommen.

Kein Verwaltungshaushalt und kein Vermögenshaushalt mehr, stattdessen Produkte, Ergebnisplan, Finanzplan, Ziele und Kennzahlen. Neue Begriffe, die es zu verinnerlichen galt. Die Arbeit wurde noch zusätzlich dadurch erschwert, dass Kennzahlen fehlten und Begrifflichkeiten nicht erläutert wurden. Damit war es schier unmöglich zu erkennen, was sich dahinter verbirgt und ob da auch die Förderung enthalten ist, die zu Erreichung eines politischen Zieles führt. Da war der Zauber des neuen Anfangs schnell verflogen. Es fehlten Vergleichsmöglichkeiten, es fehlte an Erläuterungen, es fehlte ein Stichwortverzeichnis und wir brauchen, was ganz wichtig ist, wieder einen Budgetbeschluss und ausführlichere Controllingberichte.

Bei allen Neuerungen, das Sozialbudget bleibt das größte Budget mit steigenden Belastungen, die durch wachsende Ausgaben bei der Hilfe zur Pflege, bei der Grundsicherung für ältere und behinderte Menschen und bei der Grundsicherung für Arbeitssuchende entstehen. Der Landrat und der Kämmerer setzen bei der Hilfe zur Pflege stark auf das Projekt „Leben im Alter neu denken“. Allerdings schränkte dies Herr Haßenkamp mit der Bemerkung „soweit dies auf Kreisebene möglich ist“ erstmals ein. Und das ist auch meine Befürchtung, dass der Einfluss dieses Projektes kaum messbar sein wird und die positiven finanziellen Folgen für den Kreis ausbleiben werden. Auch und das betone ich hier ausdrücklich, wenn insbesondere Frau Gausling hervorragende Arbeit leistet. Es ist richtig, dass es in der stationären Pflege erstmals freie Plätze gibt. Das hat zur Folge, dass das Personal um den Arbeitsplatz bangen muss, oder dass es bereits Entlassungen gegeben hat. Die Menschen ziehen aus der alten Einrichtung in die neuen, dadurch entstehen zusätzliche Kosten für den Kreis. Positiv sehe ich allerdings, den möglicherweise entstehenden Wettbewerb zwischen den Einrichtungen, der ja auch zu einer Qualitätsverbesserung in der Pflege führen könnte. Nach meiner Überzeugung und ich glaube, dass ich weiß wovon ich rede, werden wir uns auch in Zukunft damit auseinandersetzen müssen, wie geht diese Gesellschaft mit alten und pflegebedürftigen Menschen um, wenn die gesellschaftlich billigste Pflegeeinrichtung, die Familie, dies nicht mehr leisten kann.

Als ich meiner Mutter 82-jährig sagte „Wenn Paul, das ist mein Mann, 70 ist, gehen wir in betreutes Wohnen, meinte sie, wo bleiben dann Papa und ich? Und da sind wir am Kern des Problems. Alte Menschen, die wir dann ja sind, können in der Regel keine Hochbetagten pflegen, darauf werden wir uns einstellen müssen, angesichts steigender Lebenserwartungen. Wir haben in diesem Jahr keine Anträge zu diesem Bereich gestellt, da wir zunächst die Bewertung der ersten Projekte abwarten wollen, die ja durchaus in die von uns schon lange gewünschte Richtung gehen. Wenn man von etwas überzeugt ist, Herr Landrat meine Damen und Herren muss man dafür kämpfen. Das tun wir alle Jahre wieder für die hauptamtliche Familienpflege. Wir glauben fest daran, dass sie unersetzlich ist und das Kinder und Jugendliche in einer schwierigen familiären Situation professionelle Hilfe bekommen sollten. Unter diesen schwierigen familiären Bedingungen leben auch Kinder alkoholkranker Eltern. Diese werden durch das Projekt Kolibri professionell betreut. Was diese Hilfe für die Kinder bedeutet, kann man als Außenstehender vielleicht gar nicht ermessen. Die SPD-Fraktion will hier den Betrag von 3.000 Euro zur Verfügung stellen, und ich habe kein Verständnis für die Ablehnung durch die Mehrheitsfraktion, die mal ebenso nebenbei in der letzten Kreisausschusssitzung jährliche 10.000 Euro für die Münsterland Giro beschlossen hat, ohne nach einem Deckungsvorschlag zu fragen.

Man kann die Grundsicherung im Alter und bei Behinderung und muss es wahrscheinlich auch tun, zumal als Kämmerer - vorrangig unter dem Aspekt betrachten, was kostet uns dies als Kreis. Aber man kann sich bei allen finanziellen Belastungen auch freuen, dass gerade die älteren Menschen mit Minirenten und hier sind es vor allem die Frauen, die unser Land nach dem zweiten Weltkrieg wieder aufgebaut haben, für ihre Lebensleistung vom Staat finanziell unterstützt werden.

Bei der Grundsicherung für Arbeitslose, ist am auffälligsten die rasante Steigerung der Bedarfsgemeinschaften und hier noch einmal die Tatsache, dass 50% der Gemeinschaften nur aus einer Person bestehen. Das ist schon eine Besonderheit, die Gründe dafür müssen näher untersucht werden. Wir stützen die Auffassung der Verwaltung, dass die 2,5 Millionen Euro Entlastung für die Kommunen erreicht werden müssen und der Bund sich weiter an den Unterkunftskosten beteiligen muss. Entsprechende Signale gibt es ja aus Berlin. Aber die Kommunen müssen endlich auch ihre Zahlen auf den Tisch legen, insbesondere die Einsparungen bei den Personalkosten. Wir regen darüber hinaus an, dass die Integrations –

und Qualifizierungsmaßnahmen nach einer gewissen Zeit auf ihre Wirksamkeit hin überprüft werden.

Budget 02 Jugend und Familie

Der Kreis Borken ist ein junger Kreis. Und wir können uns da wirklich glücklich schätzen, denn die Konrad-Adenauer Stiftung meint gar, dass Städte und Gemeinden demnächst um junge Familien buhlen werden. So werden, wenn man der Statistik glauben kann, im Jahre 2020 – 23 von 100 Kreisbewohnern unter achtzehn Jahre alt sein. Das lässt mich den demographischen Wandel doch mit etwas mehr Gelassenheit entgegen sehen. Aber die Kinder und Jugendlichen müssen auch mit der notwendigen Infrastruktur versorgt werden und das kostet Geld.

Die Verwaltung schlägt nun vor die Jugendamtsumlage um 0,4 % Punkte zu senken. Sie begründet das im wesentlichen damit, dass die Präventivarbeit steigende Kosten verhindert habe. Sie sagt aber im gleichen Atemzug, dass Mehrausgaben wie interne Leistungsabrechnung und Schulsozialarbeit zu einer Mehrbelastung von 1 Mio. Euro führen. Wir meinen, dass vor diesem Hintergrund die Senkung der Jugendamtsumlage schon mehr als fragwürdig ist, gleichzeitig möchten wir aber noch Mittel für Maßnahmen im Rahmen des Bündnisses für Familie und für Instandsetzungsarbeiten an den Jugendhäusern verwenden und befürchten, dass wir in dem einen oder anderen Fall auch als Ausfallbürge des Landes auftreten müssen. Als Stichwort nenne ich nur, die vom Land nicht mehr mitfinanzierten ausgefallenen Elternbeiträge. Und erste Meldungen sagen, dass wir vom Land für diesen Fachbereich knapp 350.000 Euro weniger bekommen werden. Wir schlagen Ihnen daher vor auf die Senkung der Umlage zu verzichten.

Die CDU hat ja gerade im Jugendhilfeausschuss eine Fülle von Anträgen eingebracht, die alle ein Ziel haben, nämlich Kindern in Problemfamilien so früh wie möglich zu helfen. Das Ziel ist richtig und wurde von uns schon vor Jahren formuliert und von der CDU abgelehnt. Sie meine Damen und Herren von der CDU sind jetzt in endlich in der realen Welt angekommen, nachdem sie lange geglaubt haben, wir lebten hier im Kreis Borken auf einer Insel der Glückseligen. Allerdings könnte man jetzt fast meinen es gäbe im Kreis Borken nur noch schwangere Teenager und Problemfamilien. Das ist Gott sei Dank nicht so. Um mich herum wohnen lauter junge Familien, die sich liebevoll um ihre Kinder kümmern, für die möchte ich auch einmal eine Lanze brechen. Ihre Anträge nehmen und dafür fehlt mir dann doch das Verständnis, leider zum Teil Vorschläge der Planungsbegleitgruppe zum Bündnis für Familie voraus. Dabei war es doch Herr Tönnies, der mit einer Art Bastapolitik die Planungsbegleitgruppe zur Rahmensetzung für das Bündnis durchgesetzt hat.

Der Jugendhilfeausschuss hat einen engagierten Vorsitzenden, aber er muss noch lernen, dass auch in den anderen Fraktionen Sachverstand vorhanden ist. Ich will nicht unerwähnt lassen, dass Schulsozialarbeit, Elternwerkstätten usw. immer Forderungen der SPD Fraktion waren, die sie aufgegriffen haben und für deren Erfolge sie sich jetzt feiern lassen. Wir wollen anders als sie eine Versorgungsquote von 30% für unter dreijährige, weil wir wissen, dass immer mehr junge Eheleute sich eine früheinsetzende Betreuung für ihr Kind wünschen. Unser Anliegen soll jetzt in der Betreuungsbedarfsplanung

berücksichtigt werden, wir werden da sehr genau hinschauen, dass kann ich ihnen jetzt schon versprechen.

Budget 03 Tiere und Lebensmittel

Wir haben im vergangenen Jahr Begriffe wie Ekel- bzw. Gammelfleisch lernen müssen. Dabei handelte es sich um kriminellen Handel mit Fleischmüll. Wir brauchen mehr Schutz, mehr Transparenz und Sicherheit für die Verbraucher. Da ist natürlich der Gesetzgeber gefordert aber eben auch die kommunalen Gesundheits- und Veterinärbehörden. Die Kontrolltätigkeit und die Information der Öffentlichkeit muss verstärkt werden. Daneben gilt es aber auch den Verbrauchern zu verdeutlichen, dass ihre Kaufentscheidung unmittelbaren Einfluss auf die Qualität der Lebensmittel hat. Mit der Einrichtung einer

Verbraucherschutzberatungsstelle wollen wir dieses und noch andere Ziele erreichen. Diesen Antrag haben wir schon im Jahre 2001 gestellt, natürlich abgelehnt von der CDU, jetzt wollen sie selber 50.000 Euro bereitstellen um ein Sonderprogramm für mehr Verbraucherschutz auf den Weg zu bringen. Es geht ihnen dabei vor allem um eine verstärkte Kontrolle. Und es geht, dass ist im Kreisausschuss noch einmal deutlich geworden, um eine Schwangerschaftsvertretung in diesem Fachbereich. Und die Ziele der CDU für mehr Verbraucherschutz soll die Verwaltung beschreiben. Dagegen haben wir unser Ziel klar vor Augen: Verbraucher und Verbraucherinnen durch Maßnahmen des Verbraucherschutzes und durch Aufklärung auf dem Weg zu einer gesunderhaltenden Ernährungs – und Lebensweise zu unterstützen. Das Nein der Grünen zu unserem Antrag ist mir schleierhaft, da unsere Forderung exakt der Politik der ehemaligen Ministerin Künast entspricht.

Budget 05 Schule, Bildung, Kultur und Sport

Wir haben mit unserem Antrag für ein Bildungsgutachten aus dem vergangenen Jahr immerhin erreicht, dass eine Studie in Auftrag gegeben worden ist, die unser Bildungssystem untersuchen soll. Wir halten dies auch weiterhin für mehr als notwendig, auch angesichts der Nachricht, dass die Übergangquote zum Gymnasium von knapp 26 % auf 30 Prozent angestiegen ist. Natürlich gilt es ebenso die Chancen derjenigen zu verbessern, die die Haupt- bzw. Realschule besuchen. Wie müssen die Strukturen verändert oder ergänzt werden um mehr Qualifizierung oder Förderung für sie zu erhalten? Wie können wir es verhindern, dass die Zahl der Schüler, die nicht einmal den Hauptschulabschluss schafft, immer weiter ansteigt ? Das sind die Fragen auf die wir u.a. eine Antwort erwarten.

Als Ziel für diesen Fachbereich ist ja eine Weiterentwicklung der Kulturarbeit auf Basis der Leitlinien von 2001 formuliert worden, das wird von uns unterstützt. Man muss über die Formulierung von Leitlinien wahrscheinlich hinausgehen und ein mit den Kommunen abgestimmtes Kulturkonzept für den Kreis auf den Weg bringen.

Vielleicht kann das Konzept für das Hamaland –Museum und das landeskundliche Institut schon ein Teilschritt für das Gesamtkonzept sein. Ich möchte aber noch einmal daran erinnern, dass nach unseren Vorstellungen das landeskundliche Institut möglichst viel Eigenständigkeit behalten soll

Budget 06 Natur und Umwelt

Wir haben hier im Kreis Borken das Glück in einer relativen intakten Umwelt leben zu können. Um unsere Natur- und Landschaftsschutzgebiete und um unsere münsterländische Parklandschaft werden wir beneidet. Dies alles gilt es zu erhalten, das haben wir gerade erst im Leitbild festgeschrieben. Das ist manchmal auch ein Balanceakt, wenn man ganz konkrete Planungen für Gewerbegebiete oder Baugebiete vor Augen hat. Auch die Konzentrierung in der Landwirtschaft beinhaltet Probleme für die Umwelt, das darf nicht verschwiegen werden. Natürlich ist es richtig den Flächenverbrauch so gering wie möglich zu halten. Dieses Ziel ist Teil unseres Leitbildes und ist auch schon in Landes- und Bundesgesetze gegossen. Dennoch brauchen wir Flächen um neue Betriebe anzusiedeln, oder um Unternehmen die Chance auf Erweiterung zu geben. Dies ist auch so eine Rahmenbedingung, die wir als Kommunalpolitiker für Arbeitsplätze schaffen können. Man kann aber auch auf unnötigen Maßnahmen, wie Startbahnverlängerung in Stadtlohn/Vreden verzichten, dann braucht man dafür auch keine Ausgleichsflächen.

Wir mahnen noch einmal das Nutzungskonzept für das Besucher- und Informationszentrum im Tiergarten Raesfeld an, das ja in diesem Jahr in Angriff genommen werden soll. Es reicht eben nicht aus eine Broschüre zu erstellen, die noch einmal den Weg bis zur Entstehung und den Ist-Zustand der Nutzung beschreibt, sondern wichtig sind Visionen und Nutzungsverträge für die Zukunft . Wir sehen die Stellenbesetzung im Informationszentrum teilweise kritisch und wünschen uns für die Zukunft dort weniger Kreisanteile.

Budget 07 Verkehr

Wie mir scheint, nähern sich zumindest die Verwaltungen unseren Vorstellungen über die Zukunft des ÖPNV im Kreis Borken an. Das heißt vor allen Dingen, dass der RVM in kommunaler Hand bleibt und wir damit auch weiterhin eine Chance haben, unsere Busunternehmen mit ihren Arbeitsplätzen zu stützen und für unsere BürgerInnen ein bezahlbares vernünftiges Angebot an ÖPNV vorzuhalten. Ich habe den Traum von einer eigenständigen Lösung für den Kreis noch nicht aufgegeben, denn nur so ist es nach unserer Auffassung überhaupt möglich, auf die speziellen Bedarfe in unserem Kreis einzugehen und vielleicht zu mehr kleinräumigen Lösungen zu kommen.

Wir wollen, dass der Schienenpersonennahverkehr, so er denn überhaupt noch im Kreis Borken existiert, eine für die Nutzer günstige Vertaktung mit optimalen Möglichkeiten für die Weiterfahrt bietet. Und unser Ziel ist, dass der Schienenpersonennahverkehr so benutzer- und bedienerfreundlich wie möglich gestaltet wird.

Noch eine kurze Anmerkung zum Stellenplan, sowohl der Landrat als auch der Kämmerer führten bei der Einbringung des Haushaltes aus, dass Stellen abgebaut wurden. Wenn ich die Diskussion dazu mit ihnen Herr Haßenkamp richtig im Kopf habe, sind von 1996 bis 2006 ca. 135 Stellen weggefallen aber auch 117 neue Stellen eingerichtet worden. Die Einsparungen bei den Personalkosten sind also nicht so gewaltig. Personaleinsparungen, das heißt auch immer, Auszubildende werden nicht übernommen oder Arbeitssuchende bekommen keine Chance. Und da schlagen dann auch immer zwei Herzen in meiner Brust. Für meine Fraktion wäre es interessant zu erfahren, mit welchen Stellenanteilen aus welchem Fachbereich Vereine und Verbände unterstützt werden. Davon erfährt man ab und zu am Rande einer Sitzung.

Bei den Allgemeinen Finanzierungsmitteln geht es u.a. um die Höhe der Kreisumlage, die unsere wichtigste Einnahmequelle ist. Die Verwaltung schlägt uns vor diese unverändert zu lassen.

Sowohl der Landrat als auch der Kämmerer sagen, eigentlich müssten wir die Kreisumlage erhöhen, auch wenn sich die Umlagegrundlagen ändern und wir dadurch bei der Kreisumlage eine Mehreinnahme von 5,3 Millionen Euro zu verzeichnen haben, denn im Ergebnisplan und darauf kommt es an, bleibt ein Defizit von 3,9 Millionen Euro. Um dieses auszugleichen werden nun die Budgetrücklagen in Höhe von 750.000 Euro und die Ausgleichsrücklage in Höhe von knapp 3 Millionen Euro in Anspruch genommen. Dieses neue Instrument Ausgleichsrücklage weckt ja gleich Begehrlichkeiten in den Kommunen, daher ist die Deckelung genau richtig, die nur mit Zustimmung des Kreistages aufgegeben werden sollte. Dieser Kreishaushalt birgt finanzielle Risiken, die vielleicht einen Nachtragshaushalt notwendig erscheinen lassen. Denn die erste Modellrechnung des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik besagt, dass wir mit einer Netto- Belastung von gut 1,3 Millionen Euro und für den Fachbereich Jugend und Familie noch einmal mit knapp 350.000 Euro weniger rechnen müssen. Die Frage ist, kann unser Haushalt dies so einfach verkraften. Der Kämmerer meint dazu, dass man zunächst mal abwarten sollte. Leise, ganz leise regt sich bei mir der Verdacht, dass der Haushalt so aufgestellt ist, dass wir das verkraften können und wahrscheinlich noch nicht einmal die Ausgleichsrücklage in Anspruch nehmen müssen.

Nach vielen Jahren des Protestes gegen die Finanzpolitik des Kreises durch die Herren Bürgermeister, sagen sie in diesem Jahr ja und amen zur Höhe der Kreis- und Jugendamtsumlage. Eigentlich sollte man diesen Zustand genießen und sich ruhig zurücklehnen, wie es die CDU macht. Die klopft sich auf die Schultern und sagt sich, das haben wir doch prima hingekriegt, die Kreisumlage bleibt stabil und die Jugendamtsumlage senken wir sogar ein bisschen. Die SPD-Fraktion meint aber, dass man die Städte und

Gemeinden noch mehr entlasten sollte und wollen daher die Kreisumlage um einen Prozentpunkt senken. Dazu wollen wir die in den Rest gestellten Mittel für den Ausbau des Verkehrslandeplatzes Stadtlohn / Vreden verwenden. Den Ausbau haben wir lang und breit und kontrovers diskutiert und wir sind immer mehr von der Unsinnigkeit dieser Maßnahme überzeugt. Die Kommunen können das Geld gut gebrauchen, denn sie beklagen negative Tendenzen ihrer Verwaltungshaushalte und unzureichende Zuführungen zu den Vermögenshaushalten.

Herr Landrat meine Damen und Herren,
für die SPD-Fraktion kann ich sagen, dass wir uns intensiv mit dem Haushaltsplan auseinandergesetzt haben und ihn dennoch nicht vollständig durchblicken. Das hat weniger mit politischen Unvermögen zu tun, als mit einem mit Mängel behafteten Haushaltsplan. Die Mängel gehen über die vom Landrat angesprochene Feinabstimmung hinaus. Dennoch möchte ich mich bei der Verwaltung, bei den zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und auch bei ihnen Herr Haßenkamp für die Unterstützung und für die Erstellung des Haushaltsplanes bedanken. Auch sie haben damit ja Neuland betreten und letztlich einen Kreistagsbeschluss umgesetzt.

Unsere wichtigsten Forderungen zum Haushaltsplan 2006 will ich noch einmal wiederholen. Wir wollen eine Senkung der Kreisumlage, finanziert durch die in den Rest gestellten Mittel für den Flughafen Stadtlohn / Vreden. Das kommt den Gemeinden zu Gute.

Wir wollen keine Senkung der Jugendamtsumlage, sondern wir wollen Jugendhäuser renovieren, das Bündnis für Familie voran bringen, und notfalls Einrichtungen erhalten, die durch Kürzungspläne der Landesregierung gefährdet sind. Das kommt den Familien, den Kindern und Jugendlichen zu Gute.

Wir wollen für die Familien im Kreis hauptamtliche Familienhilfe.

Wir wollen Schulabgängern Paten an die Seite stellen und unsere Verbraucher besser schützen.

Wir werden uns damit, dass hat die Beratung im Kreisausschuss gezeigt, nicht durchsetzen können, darum lehnen wir den Entwurf des Haushaltsplanes 2006 ab.

Oft und damit will ich meine Haushaltsrede beenden, werde ich gefragt, wie hältst du diese jahrzehntelange Arbeit in der Opposition eigentlich aus. Darauf will ich mit Arthur Schopenhauer antworten:

Hindernisse (CDU Mehrheiten) überwinden ist der Vollgenuss des Daseins. Der wirkliche Vollgenuss ist aber ein Lächeln meiner kleinen Enkeltochter Charlotte Elisabeth.

Danke für ihre Aufmerksamkeit.